

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Dringens monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Geschäfts-tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1768. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Anzeigen werden die 6spaltige Zeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 153.

Dresden, Freitag den 5. Juli 1912.

23. Jahrg.

Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkschichten.

Das Reichs-Arbeitsblatt veröffentlicht in seiner letzten Nummer eine Uebersicht über die Tätigkeit der Einrichtungen zur Erteilung von Rechtsauskunft und zur Gewährung von Rechtschutz an die minderbemittelten Volkschichten. Die Uebersicht stützt sich in der Hauptsache auf die Berichtserstattung der einzelnen Verbände; von den Stellen, die keinem Verbande angehören, wurden die Angaben mittels Fragebogen erhoben. In die Erhebung wurden einbezogen einerseits diejenigen Rechtsauskunftsstellen, die allen Bevölkerungsklassen unentgeltlich oder gegen ein geringes Entgelt Auskunft erteilen, andererseits die von Arbeitervereinigungen für ihre Mitglieder und von Arbeitgebern für die Arbeiter ihrer Betriebe, sowie endlich die von landwirtschaftlichen Genossenschaften zur Rechtsberatung der ländlichen Bevölkerung eingerichteten Stellen.

Die Rechtsberatung der minderbemittelten Bevölkerung hat im Berichtsjahre erhebliche Fortschritte gemacht. Von allen Auskunftsstellen zusammen wurden 1683 540 Auskünfte erteilt und 436 287 Schriftstücke angefertigt, gegen 1 546 637 Auskünfte und 418 248 Schriftstücke im Vorjahre. Auf die einzelnen Auskunftsstellen entfallen dabei folgende Ziffern:

Rechtsauskunftsstellen	Auskunftsstellen	Zahl der	
		Auskünfte	Schriftstücke
I. Gemeinliche und staatliche	114	309 997	51 967
II. Gemeinnützige	29	188 089	27 856
III. Rechtsauskunft für Frauen	01	84 589	4 288
IV. Rechtsauskunft von Arbeitervereinen			
1. Freie Gewerkschaften:			
a) Arbeitersekretariate	118	654 013	149 072
b) Gewerkschaftsstellen	198	47 967	15 579
2. Christl. Gewerkschaften:			
a) Arbeitersekretariate	9	38 895	4 155
b) Rechtsauskunftsstellen	80	22 070	6 598
c) Auskunfts-Bureaus	11	1 805	362
3. Christl. Arbeitervereine	54	40 778	28 614
4. Sonst. Arbeitervereine	13	15 228	9 092
V. Konfessionelle Rechtsauskunft:			
1. Evangelische	19	32 268	14 520
2. Katholische	128	284 063	109 056
VI. Rechtsauskunft polit. Vereinigungen	29	38 991	14 967
VII. Rechtsauskunft ländl. Genossensch.	10	6 450	278
Zusammen	642	1 683 540	436 287

Bei weitem den größten Umfang hat demnach die von Arbeitern selbst eingerichtete unentgeltliche Auskunftserteilung erreicht: etwa 3/4 aller erteilten Auskünfte entfallen auf sie. Und zwar sind es vor allem die von den freien Gewerkschaften errichteten Auskunftsstellen, die hier Vorkonkurrenz geleistet haben. Sie haben zusammen 701 880 Auskünfte erteilt und 164 651 Schriftstücke verfaßt. Die bedeutendste dieser Auskunftsstellen ist die in Frankfurt a. M., die 678 Auskünfte erteilt, sodann die in Berlin mit 26 733 erteilten Auskünften. Dem Zentral-Arbeitersekretariat, das die Vertretung der Gewerkschaftsmittelglieder vor dem Reichsversicherungsamt übernimmt, wurden im letzten Jahre 246 Sachen überwiesen; erledigt wurden, einschließlich der aus dem Vorjahre übernommenen, 2921 Sachen.

Weniger war die Tätigkeit der Christl. Gewerkschaften und der von den christlichen Gewerkschaften errichteten Auskunftsstellen, die 22 200 bzw. 40 778 Auskünfte erteilten. Auch die Christl. Gewerkschaften haben einen Vertreter am Reichsversicherungsamt. Unter „Sonstigen Arbeitervereinigungen“ sind sieben Auskunftsstellen politischer Berufsvereinigungen und sechs von gelben oder „vaterländischen Arbeitervereinen“ verstanden.

Von den konfessionellen Rechtsauskunftsstellen, die sich in auch größtenteils in den Händen von Arbeitern befinden, sind die katholischen die bei weitem bedeutendsten. Es bestehen für sie drei Zentralstellen, in Berlin, W. Gladbach und München. Das Reichs-Arbeitersekretariat des Verbandes übernimmt die Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt; es erledigt im letzten Jahre im ganzen 654 Sachen, jedoch nur zum kleineren Teil erfolgreich. Die evangelischen Volksbureaus und Rechtsauskunftsstellen sind in zwei Verbänden, in Berlin und Witten, organisiert; die Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt übernimmt das Reichs-Arbeitersekretariat der Sozialen Gesellschaften für das evangelische Deutschland.

Gegenüber dieser größtenteils von Arbeitern selbst errichteten Rechtsauskunft ist die von Arbeitgebern ins Leben gerufene von ganz untergeordneter Bedeutung. Diese Beratungsstellen stehen immer nur den Arbeitern der betreffenden Betriebe offen. Es befindet sich unter ihnen ein staatlicher Betrieb, nämlich die preussische Berg-, Gütten- und Salinenverwaltung.

Von größerem Umfange ist die gemeinliche und staatliche Rechtsberatung. Es wurden von ihnen 309 997 Auskünfte erteilt und 51 967 Schriftstücke angefertigt. Auch die Rechtsauskunftsstellen gemeinnütziger Vereine haben viel Arbeit geleistet, indem sie 188 089 Auskünfte erteilten und 27 856 Schriftstücke verfaßten. Die meisten staatlichen, gemeinlichen und gemeinnützigen Auskunftsstellen sind dem Ver-

bande der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen in Lübeck angeschlossen, der auch die Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt übernimmt.

Die Zahl der Rechtsauskunftsstellen für Frauen ist im langsamem Wachsen begriffen. Doch wurden im Berichtsjahre weniger Auskünfte erteilt und Schriftstücke angefertigt als im Vorjahre. Dem Reichs-Arbeitersekretariat für Frauen in Halle a. S. waren am 1. April d. J. außer 95 deutschen, 6 österreichisch-ungarische, 4 schweizerische und 1 italienische Auskunftsstelle angeschlossen.

Unter den Rechtsauskunftsstellen politischer Parteien befinden sich fast ausschließlich solche der nationalliberalen Partei. Von landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbänden wird in umfangreichen und stets steigendem Maße an die ländliche Bevölkerung Rechtsauskunft erteilt. Auch eine Anzahl landwirtschaftlicher Vereinigungen widmet sich dieser Aufgabe. Der Bericht erwähnt ferner noch, daß auch die Friedensvereine bemüht sind, die Erleichterung von Streitigkeiten auf gütlichem Wege zu erleichtern.

Die unentgeltliche Rechtsberatung der minderbemittelten Kreise wird von den Staaten, Städten und Kreisen durch Zuschüsse, zum Teil auch durch unentgeltliche Ueberlassung von Lokalitäten oder durch Stellung von juristischen Beamten unterstützt. Selbstverständlich sind die Auskunftsstellen der Arbeiter von diesen Vergünstigungen, die meist nur den öffentlichen oder von gemeinnützigen Vereinen errichteten Instituten zugute kommen, ausgeschlossen, was ihnen andererseits aber auch die notwendige Unabhängigkeit sichert. Aus eigener Kraft haben sie sich aus den kleinsten Anfängen zu ihrer jetzigen imponierenden Größe entwickelt, wobei sie schon Hunderttausende von Angehörigen der minderbemittelten Volkschichten vor dem Verfall in Not und Elend bewahrt haben. Sie werden ihre segensreiche Wirksamkeit auch weiter ausdehnen, getragen von dem Prinzip der kraftvollen Selbsthilfe der organisierten Arbeiterschaft.

Zum preussischen Wahlkampf.

Mit den Anregungen, die zu den kommenden preussischen Landtagswahlen Genosse Eisner gegeben hat, beschäftigt sich jetzt Genosse Landtagsabgeordneter Paul Dirsch in der sich jetzt öffnenden Volksstimmung. Genosse Dirsch polemisiert gegen Eisner, nennt seine Vorschläge gefährlich und ausfallslos, aber im Grunde, so scheint uns, begegnen sich die Ausführungen beider in wesentlichen Dingen und sie sind wohl geeignet, die Grundlage für weitere Erörterungen dieser ebenso wichtigen wie schwierigen Frage abzugeben. Es wäre verfehlt, wenn man jetzt schon einem Vorschlag den Anspruch auf unbedingte Richtigkeit geben wollte. Es werden ja ohne Zweifel die Entschlüsse der sozialdemokratischen Partei endgültig erst dann gefaßt werden können, wenn die Abstimmen der ersten Parteien beidseitig hervortreten werden. Gegenwärtig kommt es darauf an, die verschiedenen Möglichkeiten unseres Vorgehens bei den nächsten Wahlen in Preußen zu klären.

Auch Genosse Paul Dirsch bezeichnet die Verrücktheit der konfessionell-kerikalen Mehrheit in Preußen als die dringendste Aufgabe der Gegenwart, als die erste Vorbedingung für die Durchführung freier politischer Zustände im Reich. Aber er meint, daß die Erreichung dieses Zieltes bei der Beschaffenheit des Dreiklassenstems auch durch einen Vorschlag wie ihn Eisner gemacht hat — Eintreten der sozialdemokratischen Wähler von vornherein für liberale Wahlmännerkandidaten, abgesehen von den Kreisen, wo die Sozialdemokratie Aussicht auf eigene Siege hat — nicht erreicht werde, weil konfessionelle und Zentrum allzu viele ganz sichere Wahlkreise haben. Weiter weist Dirsch darauf hin, daß die Nationalliberalen des preussischen Abgeordnetenhauses ganz freikonfessionell sind und daß ihr Eintreten für die Dreiteilung über die ganze Gemeinde, statt, wie bisher, über die einzelnen Wahlbezirke, meinde, statt, wie bisher, über die einzelnen Wahlbezirke, sogar die Gefahr bringe, daß nach etwaiger Durchführung einer so beschlossenen Wahlreform die wenigen sozialdemokratischen Vertreter des Dreiklassenhauses auch noch ausgemerzt werden würden; denn die Möglichkeit für deren Wahl beruht eben auf der Dreiteilung nach Wahlbezirken, die in gewissen Kreisen viele Arbeiterwähler in die oberen Wählerklassen bringt. Diese Einwendungen Dirschs sind ganz gewiß sehr beachtlich. Aber es würde verfehlt werden müssen, ob sich nicht gegen solche nationalliberalen Verrückereien Vorkehrungen treffen ließen. Bei den Wahlen, die bei den Nationalliberalen herrschen, ist es mindestens nicht ausgeschlossen, daß in einer größeren Anzahl von Kreisen Jungliberale aufgestellt werden, die bereit sind, sich für den Fall ihrer Wahl zu verpflichten, daß sie nicht für jene schälimme Dreiteilung nach Gemeinden eintreten werden. Es lassen sich heut noch gar nicht alle Umstände, wie sie bei den nächsten preussischen Wahlen hervortreten werden, voraussehen. Das Wichtigste ist vorläufig, daß unsere Partei ihren entchiedenen Willen bekundet, eine Taktik einzuschlagen, die die einzige ist, um in Preußen einige Schritte vorwärts zu kommen. Es ist bezeichnend, daß die Konfessionellen und Kerikalen in ihren Blättern sich schon jetzt sehr beeunruhigt zeigen.

Genosse Dirsch tritt weiter für ein taktisches Zusammengehen mit der fortschrittlichen Volkspartei ein: Er schreibt hierzu:

„Ich werde mich über diese Taktik, die ich in Uebereinstimmung mit den bisherigen Beschlüssen der maßgebenden Partei-Instanzen für die richtigste halte, an anderer Stelle äußern. Hier sei nur soviel gesagt, daß es durch ein taktisches Zusammengehen mit den Fortschrittlichen schon bei den Wahlen nicht unwahrscheinlich ist, die Zahl der sozialdemokratischen und der fortschrittlichen Mandate um einige Dutzend zu vermindern. Den größten Vorteil davon, soweit er sich absehen läßt, würden die Fortschrittlichen haben, für deren Kandidaten wir dann in den Wahlkreisen mit nur einem Abgeordneten, wo wir keine Aussicht auf Erfolg haben, von vornherein eintreten sollten. Ein solches Abkommen auf der ganzen Linie ist das unter den gegebenen Verhältnissen einzig mögliche. An der Sozialdemokratie hat es nicht gelegen, daß es nicht schon früher zustande gekommen ist, an der Sozialdemokratie wird es auch nicht liegen, falls der Versuch wieder scheitern sollte. Die Verantwortung dafür hätten in vollem Maße die Fortschrittlichen zu tragen.“

Briefe aus Persien.

Zur innerpolitischen Situation.

Teheran, Mitte Juni 1912.

Wohl könnte es im Auslande scheinen, als wenn die persische Staatsmaschine im glatten Gang wäre, weil der Regent eben das Land zu einer Europareise verlassen hat, und beachtliche Reisen in der Regel unterbleiben, wenn bedeutende politische Schwierigkeiten bestehen. Dieser Schein trägt. Hier in Teheran wird die Reise nicht als diplomatische Reise, sondern als eine Art Flucht aus der Verwirrung betrachtet. Man spekuliert sogar den Gedanken, daß der Regent von Europa aus seine Demission geben werde. Gemüht das sind Kombinationen, aber durchaus keine überhöhten. Andererseits wird diese Reise auch mit der angeregten Gesundheit des Regenten begründet. Sei es, was es auch sei: jedenfalls steht der Staat jetzt inmitten größter Notlosigkeit, auf seiner Spitze ein 14-jähriger Knabe und ein Ministerium, das auf eigene Faust arbeitet oder unartig ist, jedenfalls bis jetzt noch nichts getan hat, um die meist in der Hauptstadt sitzenden General-Gouverneure reich in ihre Provinzen zu dirigieren und die Reichsbeamten in Anstalt nehmen zu lassen. Es ist alles so los, als wenn alle Entschlußkraft, aller Unternehmungsgelbst, alle Initiative seit der Suspendierung der Verfassung zum Teufel gegangen wären.

Das erste, was der Regierung des reichen Landes nottut, ist Geld. Im Lande ist übermäßig viel Geld vorhanden, aber man gibt der Regierung nichts und borgt ihr nicht einmal etwas gegen hohe Zinsen. Unter der Despotie hing die Zurückhaltung geistlicher Würden von der Willkür des allmächtigen Schahs und seiner getriebenen Wanklinge und Minister ab, und gegenwärtig muß man alle Tage die Wiederkehr dieser traurigen Zustände befürchten, weil die russische Politik, wie das Abenteuer des Schahs gelehrt hat, schließlich auf nichts anderes hinausläuft. So sagte mir ein Regierungsmann im Gespräch über die Schwierigkeit der persischen Finanzen: „Dreizehn junge Mann da (er deutete auf einen anwesenden Herrn aus seiner Verwandtschaft) hat genug Geld, daß er leicht 20 000 Toman (75 000 M.) zu einer Anleihe zeichnen könnte. Wenn aber, was dem Schah nicht gefällt ist und auch Salor-ed-Dowleh nun nicht mehr geling, einem anderen glücken würde, dann wäre natürlich das dieser geling, einem anderen Geld verloren.“ Und man glaubt tatsächlich, daß der Gewalttätige Salor-ed-Dowleh noch nicht der letzte Gleich der nächsten Verwandten des Schahs gegen das eigene Land gewesen ist. Man gibt daher das Geld zu einem billigen Zinsfuß an die englische Bank der russische Bank, von wo aus es dann unter Garantie der „Schah-mächte“ zu fünf, sechs und mehr Prozent an den Staat geliehen wird. Die persische Regierung konnte im Innern des Landes selbst um einen Zinsfuß von sieben Prozent kein Geld bekommen, und gegenwärtig ist sie eben wieder dabei, eine größere Anleihe mit dem Auslande abzuschließen. Man weiß bis jetzt noch nichts Gewisses über den Charakter dieser Anleihe, doch dürfte man, daß auch sie wieder durch erhebliche Zinsen und wertvolle Konzeptionen erkaufte werden wird.

Die eigenen Einnahmen der persischen Regierung sind um vieles geringer, als sie selbst nach dem primitiven Finanzsystem — wenn man überhaupt von einem System sprechen kann — sein müßten. Es ist unmöglich, einen Uebersicht über die Ergiebigkeit und Entwidlung der persischen Staatsfinanzen zu geben oder nur zu gewinnen, weil in diesem Lande jede Verwaltungstätigkeit und überhaupt ausserordentliche Verwaltung fehlt. Selbst Reue, die vermögliche Stellung Kenntnis aller Details haben müßten, sind nicht unterrichtet. Nur für die Höhe ist seit 1901 eine durch die sicherste Beamten eingerichtete Statistik vorhanden. Die Höhe sind die sicherste und regelmässige Einnahmequelle; man erzählt sich allerdings über die Zollrückstände und die Fälligkeit der Steuern die Beamten allerlei erbauliche Dinge. Nach der Statistik sind im letzten Jahre nur reichlich 38 Millionen Rran (etwa 13 Mill. M.) Reinerwerb durch die Zollverwaltung erzielt worden. Die Einnahmen aus Post und Telephon spielen keine erhebliche Rolle. Neben diesen Einnahmen gibt es Steuern nur auf Opium und Alkohol und direkte Steuern für die Landbesitzer. Diese direkten Steuern entfallen in die Kopf- und in die Ertragsteuer. Die Kopfsteuer beträgt je nach dem Gouvernement 1 bis 2 Rran pro Jahr und Kopf. Die Ertragsteuer wird nach Prozenten der Bodenerträge und des Viehbesitzes von Jahr zu Jahr berechnet und gleicht ganz den Zehnten, die im deutschen Mittelalter den Bauern von den Grundherren abgenommen wurden. Für das Vieh zahlen die Bauern meist den Sechsten aus. Die Getreidebauern vermögen sie aber in der Regel nicht in Geld auszubezahlen, weil sie nicht so viel haben. Die Grundherren, oder in den Orten mit Gouverneuren diese, geben die Steuer in Bodenerträgen ein und führen das Geld dafür an den Staat ab. Bei diesen direkten Steuern werden dem Staate alljährlich viele Millionen teils vorerhalten, teils direkt geschickt. Unter dem Geheaker des gegenwärtigen Schahs sind für die Naturaliensteuer hohe Umrrechnungsätze normiert worden, die heute noch Gültigkeit